

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst für Frauen- und Jugendzeitung einschließlich monatlich 80 Pf. durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Litauen M. 5.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, L. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6spaltige Petitzeile mit 80 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 206.

Dresden, Donnerstag den 5. September 1912.

23. Jahrg.

## Der Aufmarsch zur vierten Duma.

Von unserem russischen Korrespondenten.

Am 1. noch einige Tage und die Wahlkampagne zur vierten Duma wird auch offiziell proklamiert werden. Schon jetzt aber sind die Wahlvorbereitungen in vollem Gange, und so gut wie alle Parteien haben die notwendigen Schritte getan, um sich einen entsprechenden Erfolg zu sichern. Zu den Parteien muß auch die Regierung rechnen, die mit begründeter Wahlsicherheit den Wahlausgang zu beeinflussen sucht. Die Parteien, die sie begünstigt, die sogenannten „Rechten“ und „Nationalisten“, genießen die vollkommene Freiheitsbewegung, während die linksstehenden Gruppen fast überall zum Teil verurteilt sind. Ueberall, wo es nur möglich ist, werden die fortschrittlichen Wählergruppen aus den Wahllisten gestrichelt, die Regierungsfreundlichen aber auf Grund stibber Rechte eingetragen.

Aber damit nicht genug, versuchen die Regierungsorgane die Wähler noch dadurch gefügig zu machen, daß sie durch die Bedrohungen, durch Repressalien gegen die Presse sowie gegen die fortschrittlichen Kandidaten auf bestimmte Kreise Terrorismus ausüben. Demselben Zweck soll auch die Mobilisation der Wogen dienen. Man versucht, in die vierte Duma möglichst viel Geistliche der orthodoxen Kirche durchzuführen, und nach einigen Berechnungen sollen bedeutende Klöster besteuert, etwa 150 bis 200 Klöster in die vierte Duma zu schicken. Die Wogen sind jetzt eifrig an der Arbeit, und damit ihrer strengen kirchlichen Organisation arbeitet ein Apparat mit beneidenswertem technischem Erfolg. Ob aber die vierte Duma wirklich von Wogen überwiegen wird, ist häufig schwer zu sagen, denn gegen die Klerikalisierung der Duma treten opponieren nicht so die linksstehenden wie die rechtsstehenden Parteien. Den Vorkämpfern ist es im Grunde egal, ob sie einen „Nationalisten“, einen „Rechten“ oder einen Geistlichen vor sich haben. Ist der Wahlkreis fortgeschritten, so wird eine noch so heftige Agitation der Wogen im Wahlkreis keine einzige Stimme entziehen. Die Wogen im Wahlkreis, die sich nur auf Kosten der „Nationalisten“ und „Rechten“ zu behaupten, und diese sind durchaus nicht geneigt, die Ansprüche auf eine selbständige Vertretung preiszugeben. Die Mobilisierung der Kirchenbater kann somit sehr leicht zu neuen Kämpfen innerhalb der Reaktion führen und zur weiteren Kreditierung der reaktionären Parteien beitragen. In der Halle eines Sieges der Wogen braucht der Fortschritt besonders besorgt zu sein, denn die Herrschaft der geistlichen Mehrheit kann nur vorübergehend sein und wird eine ungeheure Opposition gegen den Klerikalismus auch unter den aufgefälligen Schichten hervorrufen. Solch eine Aufregung der Geister muß aber als ein großer Segen für das öffentliche Leben betrachtet werden, das mehr als irgendwo von der Klerikalen Lüge durchsucht ist.

Das Programm der politisierenden Geistlichen ist vorzüglich nicht genau zu erkennen und wird wohl auch nie eine klare Fassung erfahren. Sie werden sich hüten, ihre Karten zu zeigen, und werden wahrscheinlich bestrebt sein, ihre Ziele durch Umwandlungen hinter den Kulissen zu erreichen. Die öffentlichen Grobgrundbesitzer, die eine ausgeprägte Klassenpolitik treiben. Sie wollen den aufstrebenden Kräften des jungen Russlands keine Zugeständnisse machen, und jede noch so blutige Unterdrückung der fortschrittlichen Bestrebungen findet bei ihnen eine freundliche Unternehmung. Um das Volk von seinen Forderungen verschiedener Reformen abzulenken, treiben sie eine verbrecherische Politik gegen die Nationalitäten, besonders gegen die kulturell fortschreitenden Finnländer, Polen und Juden. Noch vor dem Kriege haben sie die Wiederherstellung der Selbstherrschafft über sich selbst, als ob sie diese utopistische Idee auf dem Rücken zum Absolutismus ist vollkommen unentbehrlich. Die Nationalisten haben dieses gut verstanden und tragen ihren Anteil zum Absolutismus nur zur Schau. Wie die preußischen gesellschaftlichen Beziehungen zur Regierung für sich persönlich auszunutzen und pfeifen im übrigen auf „Gott, Kaiser und Vaterland“, die sie zu schlingen vorgeben. Die eigenmächtigen der reaktionären Schriftsteller, wie der bekannte Fürst Schtschepinow und der noch mehr berüchtigte Menschikow, sind vor der Unterdrückung der nationalitätlichen und rechten Parteien warnen.

In der verflochtenen Duma hatten die rechtsstehenden Parteien etwa ein Viertel aller Stimmen. Wäre das russische Wahlrecht fortgeschritten, so hätten die Rechten gar keine Bedeutung. Die Oktoberisten, die sich auf einen Wirtschaftswahlrecht und agrarischen Elementen stützen, betreiben aber nicht, eine konsequente gemäßigt-liberale Politik und suchen öfters Anschluss bei den nationalitätlichen Wählern. Auch jetzt suchen die Oktoberisten in Verbindung mit den „Prinzipien“ noch mehr mit Fügen, als es bis jetzt der Fall war. Die widerspruchsvolle Politik der Oktoberisten mußte notwendigerweise zu einer Opposition innerhalb der eigenen Partei führen, und sowohl von rechts wie von links haben sich verschiedene Elemente vorgefunden, die sich

zu den anderen Parteien hinübergezogen fühlten. Die linksstehenden Oktoberisten werden wohl mit der vor kurzem neu gegründeten Progressivpartei vorgehen, die ein Mittelglied zwischen den Oktoberisten und sogenannten Kadetten darstellt. Das führende Element der Progressivpartei besteht aus liberalisierenden Kapitalisten, die schon längst begriffen haben, daß das jetzige Regierungssystem die Handels- und Industriekräfte des russischen Reiches lähmt. Aus wohlüberlegtem Selbstinteresse treten die Progressivisten dem Ueberhandnehmen der Polizeimacht entgegen, wachen aber sorgfältig darüber, daß die geplanten Sozialreformen den Geldbeutel der Kapitalisten nicht allzusehr in Anspruch nehmen. Die Progressivisten suchen Anschluss sowohl bei den Oktoberisten wie bei den Kadetten. Die rechtsstehenden Elemente der letzteren Partei sind durchaus nicht abgeneigt, mit den Progressivisten zu patieren, um so mehr, als unter den letzteren eine bedeutende Anzahl von hervorragenden Persönlichkeiten vorhanden ist. Auch das Programm der Progressivisten, die sehr viel Gewicht auf politische Freiheiten und auf Selbstverwaltung legen, zieht die liberalen Kreise an. Es ist sehr wahrscheinlich, daß die kleinen liberalen Grundbesitzer, die Semstwoleute und verschiedene Gruppen aus den freien Berufen sich auf Seite der Progressivisten schlagen werden. Gelingt es den Progressivisten, einige Plätze den rechtsstehenden Parteien und auch den Oktoberisten abzunehmen, so wäre die Gründung der neuen Partei eine begrüßenswerte Tat. Schlimm wird es dagegen, wenn diese Neubildung sich auf Kosten der Kadetten, der Arbeitsgruppe, oder gar der Sozialdemokraten in der Duma vollzieht. Die Sache der Demokratie würde dadurch nichts gewinnen, die Stellung der Reaktion nicht erschüttert.

Die Kadetten, die sich hauptsächlich auf das demokratische Kleinbürgertum stützen, stehen in den Kampf, befeindet sowohl von rechts wie von links. Von rechts stürmen gegen sie die bereinigten Kräfte der Regierung, der „Rechten“, der „Nationalisten“ und der „Oktoberisten“. Von links haben sie gegen sich die Sozialisten aller Schattierungen. Wie die „Progressivisten“, so legen auch die „Kadetten“ sehr viel Wert auf politische Freiheiten, verfügen aber dabei über ein viel größeres Maß von Demokratismus. Sie besitzen auch eine ansehnlich große Anzahl von gutgeschulten und talentierten Kräften, die in Schrift und Wort die Ideen der Partei weit hinaus im großen Russland verbreiten. Besonders bewandert ist diese Partei auf dem parlamentarischen Gebiete und zählt in ihren Reihen die weitans größte Zahl von Akademikern (Professoren, Rechtsanwälte, Ärzten usw.). Die besten Redner der dritten Duma gehörten dieser Organisation an.

Die Sozialdemokraten und die Arbeitsgruppe bilden den extremen linken Flügel der gesamten Wahlbewegung. Die Arbeitsgruppe verfolgt hauptsächlich die Interessen der sozialistischen Bauern, hat aber sowohl quantitativ wie qualitativ eine nur geringe Bedeutung. Gätten wir in Russland das allgemeine, gleiche Wahlrecht und dürfte man die Wahlagitator etwas freier betreiben als jetzt, so könnte die Arbeitspartei, unterstützt von den Millionen kleiner Bauern, eine ausschlaggebende Rolle spielen. Bei dem jetzigen Stand der Dinge kann sie nur eine gewisse Ergänzung sein für die Kadetten sei es für die Sozialdemokratie darstellend. In den meisten Fällen wird man sie, wie bis jetzt, wohl auf der Seite der Sozialdemokraten finden.

Sehr traurig sieht es — leider muß dies gesagt werden — bei den Sozialdemokraten aus. Die Partei ist gespalten, und der eine Flügel bekämpft den anderen nicht nur innerhalb der Organisation, sondern auch vor den breiten Massen der Wähler. Mit fieberhafter Verachtung der bisherigen Gespinnheiten des internationalen Sozialismus macht sich ein Teil der sozialdemokratischen Partei das Recht an, die anderen aus den Reihen der Organisation auszuschließen, ohne vorher die Meinung der Gesamtpartei zu befragen. Die Kalamität, die durch die gegenseitige Bekämpfung der Sozialdemokraten entstanden ist, ist natürlich wenig geeignet, das Prestige der Partei bei den Arbeitern zu heben. Momentan wird freilich versucht, die streitenden Fraktionen irgendwie zu versöhnen, um ein einheitliches Vorgehen zu ermöglichen. Gelingt es noch rechtzeitig, einen passenden Vergleich zu schließen, so kann man hoffen, die Partei vor einem völligen Verlust ihrer bisherigen Mandate zu schützen. Wie dem aber auch sei, jedenfalls sind die Ausschichten der Sozialdemokratie in Bezug auf Mandate nicht besonders rosig. Das geltende russische Wahlgesetz ist wohl noch schlimmer als das preußische, und wenn die Sozialdemokraten noch soviel Stimmen im Lande um sich bereinigen, der Weg zum Parlament bleibt ihnen doch meistens verschlossen. Das Ziel der sozialdemokratischen Wahlkampagne kann deshalb nicht anders formuliert werden als mit den Worten: „Nieder mit dem schmachvollen Wahlgesetz, und her mit dem allgemeinen, gleichen Wahlrecht.“

### Der Termin der Wahlen.

Petersburg, 4. September. In Petersburg, Moskau, Kiew, Odesa und Riga werden die Dumawahlen nicht vor dem 28. Oktober stattfinden. Für die übrigen Orte sind verschiedene Termine angesetzt, jedoch unter Berücksichtigung des Umstandes, daß die Duma nicht später als am 28. November eröffnet wird.

## Teuerung.

### Die Verminderung der Eheschließungen.

Der Glaube, daß die neuerdings besonders scharf hervortretende Teuerung eine vorübergehende Erscheinung sei, will im deutschen Volke trotz aller offiziellen und offiziellen Gerüchte nicht recht Wurzel schlagen. Jeder Hausvater, der sein Ausgabentkonto einige Jahre zurückverfolgt, sieht, daß die Kosten des Nahrungsmittelverbrauches, die Mietpreise, die Kosten für Bekleidung, Heizung, Beleuchtung sowie die Steuerlasten ununterbrochen gestiegen sind. Die Lebenshaltung der breiten Schichten des Volkes hat sich nicht gebessert, sondern eher noch verschlechtert, da die Löhne und Gehälter meist nur geringfügige Steigerungen erfahren haben. Daß solche ungesunde Zustände auf die Dauer unserer Volkswirtschaft schweren Schaden zufügen müssen, liegt auf der Hand. Wertvoll ist es jedoch, daß die neuesten Ergebnisse der amtlichen Statistik die schon früher oft genug ausgesprochenen Befürchtungen bestätigen. Die unmittelbare Folge der wachsenden Teuerung ist ein Sinken der Heiratslust und in Verbindung damit ein Rückgang der Geburtenzahl. Die Eingehung der Ehe bedeutet unter den heutigen ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnissen ein gefährliches Waagnis. In den meisten Gewerbebezirken entsprechen gegenwärtig die Löhne auch nicht im entferntesten den Kosten der Lebenshaltung. Auch der kleine Beamte ist bei größter Beschränkung meist nicht mehr in der Lage, seine Familie auskömmlich zu ernähren und seinen Kindern eine angemessene Ausbildung zu geben. Es ist daher kein Wunder, daß die Zahl der Eheschließungen von Jahr zu Jahr scharf zurückgeht. Das Sinken der Heiratslust und das Nachlassen der Volksmehrung im Deutschen Reich in den Jahren 1905 bis 1910 ergibt sich aus nachstehender tabellarischer Uebersicht:

Jahr	Eheschließungen	Geborene	Auf 1000 Einwohner kamen Eheschließungen	Geborene
1905	486 906	2 048 458	8,1	34,0
1906	499 990	2 084 789	8,2	34,1
1907	508 964	2 080 975	8,1	33,2
1908	500 620	2 078 680	8,0	33,0
1909	494 127	2 088 857	7,8	32,0
1910	496 896	1 992 838	7,7	30,7

Eine besonders ungünstige Bewegung der Eheschließungen und Geburten zeigte seit dem Jahre 1896 ein. Die Zahl der Heiraten hat sich von 1896 auf 1910 um 2594 oder um 0,5 pro Tausend der Bevölkerung vermindert. Die Geburtenziffer ist gleichzeitig um 101 903 oder um 3,4 pro Tausend gesunken. Um diese auffallende Erscheinung zu verstehen, muß man sich vergegenwärtigen, daß im ganzen Deutschen Reich die Kosten des Nahrungsmittelverbrauches für eine vierköpfige Familie seit 1905 durchschnittlich um 11 Prozent und seit 1896 um 33,1 Prozent gestiegen sind. Die Erhöhung der Mietpreise für Kleinwohnungen vollzog sich ungefähr in dem gleichen Tempo. In den meisten Großstädten sind die Haushaltskosten weit rascher gestiegen als im Reichsdurchschnitt. Sie erhöhten sich während der Jahre 1905 bis 1912 in Berlin um 12,5 Prozent, in München um 15,5 Prozent, in Köln um 16,5 Prozent, in Breslau um 14,5 Prozent, in Magdeburg um 26,2 Prozent, in Leipzig um 12,9 Prozent, in Düsseldorf um 27,0 Prozent und in Halle a. d. S. sogar um 35,8 Prozent. Seit dem Jahre 1896 stiegen die Kosten des Nahrungsmittelverbrauches einer vierköpfigen Familie in Berlin um 37,0 Prozent, in Hamburg um 41,7 Prozent, in München um 20,5 Prozent, in Köln um 34,1 Prozent, in Breslau um 30,0 Prozent, in Hannover um 40,0 Prozent und in Magdeburg um 44,0 Prozent. Daß diese gewaltige Verteuerung der wichtigsten Lebensbedürfnisse die jungen Leute von der Eingehung der Ehe abhält, kann gar nicht mehr bestritten werden. Eine Folge dieser anormalen Zustände ist auch der steigende Prozentsatz der unehelichen Geburten. Im Jahre 1906 waren unter 100 Geborenen durchschnittlich 8,1 uneheliche. Der Anteil der unehelichen Kug im Jahre 1909 auf 9,0 Prozent und im Jahre 1910 auf 9,1 Prozent. Ein geradezu vernichtendes Urteil über unsere schädliche, einseitige Wirtschaftspolitik werden voraussichtlich die entsprechenden statistischen Angaben für die Jahre 1911 und 1912 bilden. Ob man dann wohl an den leitenden Stellen einsehen wird, daß die Teuerung keine vorübergehende Erscheinung war? Oder will man warten, bis die dauernde Schwächung unserer Volkskraft es dahin gebracht hat, daß man auch vom deutschen Volke als von einer vorübergehenden Erscheinung sprechen kann?

### Das Vorgehen der Gemeinden.

Die Stadtverordnetenversammlung Frankfurt a. M. richtete vor einiger Zeit an das preußische Landwirtschaftsministerium und an den Reichsanwalt eine Eingabe, in der die Oeffnung der Grenzen und die Herabsetzung der Zölle auf Vieh und Fleisch verlangt wurde. Diese Forderungen wurden gleichzeitig einer schon bestehenden Deputation überwiesen, damit diese die Fleischversorgung für die Stadt Frankfurt in die Hand nehme. Ferner wurde ein Antrag angenommen, der 80 000 M. zu Studienwecken für Bänderung der Fleischnot verlangt und auf sozialdemokratischen Antrag beschlossen, die sofortige Einberufung des Reichstags zu fordern.

Die Stadtverordneten Düsseldorf überwiesen die Eingabe des sozialdemokratischen Vereins, die Abhilfe der Fleischnot fordert, einer neungliedrigen Kommission, die schnellstmöglich geeignete Vorschläge machen soll.